

**Hamburger Erklärung**  
**der Konferenz der Innenpolitischen Sprecher von CDU und CSU**  
**am 30. und 31. März 2017 in Hamburg**

**„Innenpolitik macht man nicht mit Links - Deutschlands Sicherheit kann nur  
durch die Union gewährleistet werden“**

Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt. Dabei zeigt sich, dass insbesondere in den Bundesländern, in denen die Union in Regierungsverantwortung steht, die Menschen besonders sicher leben. So zeigen die Kriminalstatistiken regelmäßig, dass die Kriminalitätsbelastung in den unionsregierten Bundesländern wie beispielsweise Bayern, Baden-Württemberg und Hessen evident niedriger und die Aufklärungsquote zudem wesentlich höher ist als dies zum Beispiel in Berlin, Brandenburg oder Hamburg der Fall ist. So betrug beispielsweise die Aufklärungsquote im Jahre 2015 in Bayern 72,5 %, in Baden-Württemberg 60,1 %, in Hessen 59,5 %, im SPD-regierten Hamburg jedoch lediglich 43,8 % und auch in Berlin nur 43,9 %. Deutschlandweit lag die Häufigkeitszahl, die die Anzahl der bekannt gewordenen Straftaten auf 100.000 Einwohner darstellt, bei 7.797 Fällen, in Hamburg bei traurigen 13.839 Fällen. Es ist bedauerlich, dass man somit feststellen muss, dass es in Deutschland Regionen mit unterschiedlichen Sicherheitsniveaus gibt. Dabei haben alle Menschen in Deutschland das Recht, so sicher zu leben wie in einem unionsregierten Land.

CDU und CSU haben aber nicht nur in den Bundesländern, in denen sie in Regierungsverantwortung stehen, viel für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger erreicht. Auch auf Bundesebene wurde von der Union gegen teils heftigen Widerstand der SPD vieles durchgesetzt. So konnten Sicherheits- und Migrationsgesetze bereits verabschiedet bzw. durch entsprechende Kabinettsbeschlüsse zumindest auf den Weg gebracht werden. Dies waren insbesondere:

- zur Steuerung von Migration und Verbesserung der Integration Bleibeberechtigter das Asylpaket I und II, das Datenaustauschverbesserungsgesetz und das Burka-/Gesichtsverhüllungsverbot,
- zur besseren Bekämpfung der Kriminalität und von Terrorismus das Videoüberwachungsverbesserungsgesetz, die Einführung von Kennzeichenlesesystemen und BodyCams für die Bundespolizei sowie die Speicherung von Flugpassagierdaten und
- für ein modernes Datenschutzrecht die Umsetzung der neuen europäischen Vorgaben für den Datenschutz und für eine bessere IT-Sicherheit das Gesetz

zur Förderung des elektronischen Personalausweises und das IT-Sicherheitsgesetz.

Diese Maßnahmen müssen jedoch von allen Ländern und Kommunen auch umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass alle vorhandenen technischen und rechtlichen Möglichkeiten zur Identitätsüberprüfung von Flüchtlingen und zur Vermeidung von Scheinidentitäten durch Abnahme und Abgleich der Fingerabdrücke genutzt werden. Das bedeutet auch, dass Personen, denen kein Bleiberecht in unserem Land zusteht, so rasch wie möglich wieder abgeschoben werden.

Die SPD reagiert immer erst dann, wenn etwas passiert ist. So hat sie der Abschiebehelf für Gefährder, die der Bundesinnenminister bereits im Oktober 2016 auf den Weg bringen wollte, auch erst nach dem tragischen Terroranschlag in Berlin zugestimmt.

Die SPD blockiert wichtige Gesetzesvorhaben:

- Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht.
- Gesetz zur Verhinderung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen
- Gesetz zur Fortentwicklung des DatenaustauschverbesserungsG

Mit einer Einstufung von Algerien, Tunesien und Marokko als sichere Herkunftsstaaten könnten Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern als offensichtlich unbegründet abgelehnt und die Verfahren beschleunigt werden. Bis auf das grün-schwarz regierte Baden-Württemberg haben Länder mit grüner Regierungsbeteiligung den Gesetzentwurf der Bundesregierung im Bundesrat durchfallen lassen. Dies zeigt, wo SPD, GRÜNE oder LINKE gemeinsam regieren, wird Sicherheitspolitik ausgebremst.

Die Innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern fühlen sich der Sicherheit der Menschen in Deutschland verpflichtet. Wir fordern die SPD auf, ihrer Verantwortung in Bund und Ländern gerecht zu werden und wahltaktische Manöver zulasten der Sicherheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu unterlassen.

Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit, für ein friedliches Zusammenleben und das Vertrauen in unseren Staat. Wer unsere Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenwürde bekämpft, dem werden wir mit aller Härte und Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Konferenz der Innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern fordert:

- bessere sachliche und personelle Ausstattung aller Sicherheitsbehörden

- effektivere Befugnisse für alle Sicherheitsbehörden (z.B. Klare Rechtsgrundlagen für präventive und repressive Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchungen, Ausbau der Verkehrsdatenspeicherung, Nutzung moderner Fahndungsmethoden wie automatische Gesichtserkennung, Ausweitung der DNA-Analyse um weitere äußere Merkmale des Täters)
- Kooperation und Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern verstärken (z.B. Überprüfung datenschutzrechtlicher Schranken, Harmonisierung der Aus- und Fortbildung für Terrorlagen)

Es muss alles getan werden, um die polizeilichen IT-Systeme weiterzuentwickeln und sie fit für die Anforderungen des 21. Jahrhunderts zu machen. Datenschutz darf kein Täterschutz sein; dies gilt innerhalb Deutschlands und in Europa.

Wir brauchen eine verstärkte gemeinsame Vorgehensweise und eine verbesserte Koordination von Bund und Ländern bei Großlagen wie Tereoreinsätzen oder dem anstehenden G20-Gipfel in Hamburg. Terroristen und Chaoten halten sich nicht an Landesgrenzen; die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern müssen darauf vorbereitet sein. Wer Polizisten angreift, ist kein Idealist, Träumer oder Weltverbesserer – wir müssen sie vielmehr als das bezeichnen, was sie sind: Feinde unseres Rechtsstaates und unserer demokratischen Werte. Sie greifen Menschen an, die nicht selten ihre Familien und nicht zuletzt Leib und Leben dafür riskieren, dass wir alle in Sicherheit leben können. Wer diesen Personen und ihren Sympathisanten ein Forum bietet, sich zu organisieren, macht sich mit den Feinden unserer offenen Gesellschaft gemein.

Unser Land braucht die ungeteilte Loyalität aller seiner Bürger. Die dauerhafte doppelte Staatsangehörigkeit ist, wie das aktuelle Verhältnis zur Türkei deutlich zeigt, problematisch. Die Innenpolitischen Sprecher von CDU und CSU treten daher für einen Generationenschnitt ein, um Loyalitätskonflikte zu vermeiden und nach einer gewissen Zeitspanne ein klares Bekenntnis zu unserem Land einfordern zu können.